



## KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 31. Januar 2023  
Kantonsratspräsident Born Rolf

### **A 807 Anfrage Kurmann Michael und Mit. über die Planung und den Bau eines möglichen Gaskraftwerks im Kanton Luzern zur Deckung der Winterstromlücke / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement**

Die Anfrage A 807 sowie die Anfrage A 848 von Korintha Bärtsch über die Auswirkungen eines Gaskraftwerks in Perlen werden als Paket behandelt.

Michael Kurmann ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion. Korintha Bärtsch ist mit der Antwort des Regierungsrates nicht zufrieden und verlangt Diskussion.

Michael Kurmann: Mittlerweile müsste ich sagen, dass ich mit der Antwort zufrieden bin, denn durch die Anfrage wurde bereits eine Vernehmlassung ausgelöst. Die Regierung hat den Handlungsbedarf also erkannt und sehr schnell gehandelt. Ich habe die Anfrage genau vor einem Jahr eingereicht, damals war dieser schreckliche Krieg in der Ukraine noch nicht ausgebrochen, und es war noch nicht klar, dass die Notwendigkeit einer solchen Notreserve bereits diesen oder nächsten Winter ein Thema sein könnte. Mir scheint es zentral zu sein, dass der rasche Ausbau der erneuerbaren Energien und die Stromproduktion weiter vorangetrieben werden. Die aktuelle Lage in Europa zeigt uns eindrücklich auf, dass eine vernünftige Autarkie für die Versorgungssicherheit notwendig und wichtig ist. Die Unabhängigkeit der Energieproduktion in der Schweiz wird uns etwas kosten, das werden wir auch in Kauf nehmen müssen, davon bin ich überzeugt. Ich bin dezidiert der Meinung, dass die benötigten Gasmengen für so einen Peaker in Speichern in der Schweiz vorgehalten werden müssten. Ein Muss ist, dass ein erheblicher Teil dieser Gasmenge in Zukunft mit synthetischem oder erneuerbar hergestelltem Gas vorgehalten werden soll. Die Erreichung des Zieles netto null CO<sub>2</sub>-Emissionen bis 2050 darf durch einen solchen Bau nicht gefährdet werden und muss langfristig das Ziel sein. Der Umbau unseres Energieziels kann uns aber nur gelingen, wenn wir die nötigen Strommengen, die in Zukunft zunehmen, auch kurz- und mittelfristig gewährleisten können. Die Dekarbonisierung unserer Energieversorgung macht den Zubau von grossen Stromkapazitäten notwendig. Der entsprechende Mix an Produktionsanlagen, bei dem ein solcher Peaker dazugehört, steigert die Resilienz und die Autarkie des Systems Energieversorgung Schweiz.

Korintha Bärtsch: Ein Gaskraftwerk im Kanton Luzern klingt für verschiedene Vertreterinnen und Vertreter des Kantons anscheinend verführerisch. Die G/JG-Fraktion lehnt Gaskraftwerke im Kanton Luzern konsequent ab. Man muss sich vor Augen führen, was für eine grosse CO<sub>2</sub>-Schleuder ein Gaskraftwerk ist, es hat nämlich einen um den Faktor 200 grösseren CO<sub>2</sub>-Ausstoss gegenüber Strom aus Wasserkraft. Das ist Gift für den Klimaschutz. Der Bau eines solchen Gaskraftwerks würde mit Projektierung, Baubewilligung und Realisierung rund zehn Jahre dauern. Die früheste Inbetriebnahme wäre also etwa 2034. Das ist eine lange Zeit, bis dann müssen wir aber unsere Probleme mit dem Winterstrom endlich gelöst haben, und zwar auf eine erneuerbare Art und Weise. Wir wollen

Photovoltaikanlagen auf allen Infrastrukturanlagen und Hausdächern sowie an Fassaden. Die Bundesversammlung hat Ende September 2022 ein Gesetz für mehr Wasserkraft, beispielsweise durch die Erhöhung der Grimsel-Staumauer, und für alpine Solaranlagen verabschiedet. Das sind alles wichtige Ergänzungen, um die Winterstromlücke füllen zu können. Über die Windkraft haben wir eben diskutiert. Wir müssen die erneuerbare Stromproduktion endlich mit grossen Schritten vorwärtsbringen. Bevor wir ein schädliches Gaskraftwerk bauen, müssen zuerst alle anderen möglichen Massnahmen umgesetzt werden. Allem voran müssen wir endlich damit aufhören, Energie zu verschwenden. Das Sparpotenzial ist auch in unserem Kanton und in der ganzen Schweiz immer noch sehr gross. Wir müssen endlich auch in die Energieeffizienz investieren, so können wir viel Energie sparen. Die drohende Stromlücke dieses Winters und die höheren Strompreise haben zumindest etwas gebracht, aber wir sparen immer noch viel zu wenig Strom. Es hat sich gezeigt, dass wir nicht eine Stromlücke haben, sondern eine Effizienzlücke. Der Bau eines Gaskraftwerks würde schätzungsweise 700 Millionen bis 1 Milliarde Franken Kosten. Das ist eine enorme Summe, die wir sinnvollerweise in die Förderung erneuerbarer Energien investieren sollten. Es ist interessant, mit welchen Argumenten der Regierungsrat Gaskraftwerke im Kanton verteidigt. Der Bau eines Gaskraftwerks sei volkswirtschaftlich interessant. Der Regierungsrat träumt von einer Wertschätzung von 345 Millionen Franken, die in der Region investiert würden. Es würden Arbeitsplätze geschaffen und eine weitere indirekte Wertschöpfung durch Zulieferketten. Auch der Bau eines Atomkraftwerks wäre gemäss dieser Argumentationslinie interessant und würde einen volkswirtschaftlichen Mehrwert bringen. Mir kommt es vor, als würde der Regierungsrat sogar seine Seele dem Teufel verkaufen. Die G/JG-Fraktion will mit dem Bau von erneuerbaren Energien vorwärtsmachen, die Energieverschleuderung stoppen und unsere Energie und den Strom effizient nutzen. Das ist der Weg in die Zukunft und nicht ein klimaschädliches Gaskraftwerk.

Sara Muff: Wir konnten den Medien entnehmen, dass die eidgenössische Elektrizitätskommission 17 Standorte für 2 bis 3 Standorte durch eine Vorstudie geprüft hat. Im Kanton Luzern befindet sich in Perlen ein solcher möglicher Standort. In den Antworten auf die Anfrage von Korintha Bärtsch findet sich eine Aufstellung über die Gesamtumweltbelastung pro Kilowattstunde. Dies wirkt auf den ersten Blick besser, als es wirklich ist, denn in der Aufstellung wird von Kraftwerken ausgegangen, welche über das gesamte Jahr in Betrieb sind. Bei einem Peaker, um welchen es sich in unserem Fall handelt und der zum Beispiel nur einen Tag im Jahr in Betrieb ist, sieht die Bilanz aber gravierend schlechter aus, als uns hier vorgegaukelt wird. Dies muss künftig auch so dargestellt und berücksichtigt werden. Weiter führt die Regierung aus, dass das Kraftwerk nicht mit nachhaltig produziertem Biogas betrieben werden soll. Dies sei technisch nicht machbar. Diese Aussage ist einfach nicht korrekt. In punkto Beschaffung des Gases sehen wir es für einmal wie die Regierung. Hier liegt ein grosses Risiko, und wir machen uns von Diktatoren abhängig, und die Verfügbarkeit ist nicht ständig gesichert. Die SP-Fraktion fordert schon seit geraumer Zeit, dass die erneuerbaren Energien umfassend und vor allem rasch ausgebaut werden müssen. Hätte man damals bereits auf uns gehört, stünden wir heute anders da. Doch im Fehlermanagement lernt man, dass aus Fehlern gelernt werden muss. Darum hören Sie doch jetzt auf die SP. Aktuell wurde bezüglich der Energiemangellage bereits vorsichtig Entwarnung gegeben. Die Regierung soll sich nun beim Bund dafür einsetzen, die Kapazitäten der erneuerbaren Energien gesamtschweizerisch zu forcieren und vor allem schnell auszubauen, denn national gesehen haben wir viel ungenutztes Potenzial. Dies würde übrigens auch unserem Ziel der Klimaneutralität bis 2050 besser bekommen. Ein Gaskraftwerk führt uns in eine weitere pathologische Abhängigkeit. Wir verfügen nicht über Gas, aber über Sonne, Wind, Erdwärme, Wasser, Berge, Holz und vieles mehr. Das gilt es zu nutzen.

Ruedi Amrein: Aus Sicht der FDP-Fraktion wurden die beiden Anfragen korrekt beantwortet. Wir befürworten ganz wenige, aber nötige Gaskraftwerke als Lösung zur Versorgungssicherheit. Höchst wahrscheinlich ist das für den Kanton ja bereits kein Thema mehr, weil nur sehr wenige benötigt werden. Eines wurde in Birr erstellt, und es ist die Rede

von einem weiteren in der Westschweiz. Damit ist der Bedarf für die Schweiz schon fast abgedeckt. Der Wunsch, den auch wir geäußert haben, dass diese Gaskraftwerke mit erneuerbarem Gas zu betreiben seien, muss wahrscheinlich aufgegeben werden, weil das aus heutiger Sicht nicht möglich ist. Die erneuerbaren Gase werden dringender und ständig in der Industrie gebraucht. Die Gaskraftwerke hingegen würden nur in einer Notlage betrieben. Sie können auch nicht rentabel betrieben werden. Man kann allenfalls von den Investitionen bis zur Erstellung sprechen, danach sind sie aber nicht rentabel. Ihr Wert ist so hoch, wie wir Energieausfälle vermeiden können. Wir sind der Auffassung, dass die Anstrengungen für erneuerbare Lösungen jetzt nicht geschwächt werden dürfen. Der Bund muss auch den Nachweis erbringen, dass die Schweiz sämtliche Möglichkeiten zur Sicherstellung der Energieversorgung ergriffen hat. Dazu gehören auch Stromabkommen mit der EU. Letzteres ist bis jetzt noch nicht erfüllt, aber die Strommangellage ist auch noch nicht ausgestanden. Kein Strom löst aber auch weitere Probleme aus, unter anderem auch Umweltprobleme. Wenn der Standort Luzern für ein Gaskraftwerk wirklich infrage kommt, was ich nicht glaube, müsste mit dem Bau schnell begonnen werden, weil es bis zur Fertigstellung sehr lange dauert, Korintha Bärtsch hat das schon erklärt. Ich habe die gleichen Hoffnungen wie Sara Muff und Korintha Bärtsch, die Frage ist einfach, ob wir diese Ziele erreichen können. Trotzdem müssen wir bereit sein für einen allfälligen Energiemangel. Wir finden es gut, dass der Kanton den Betrieb der Gaskraftwerke restriktiv nur als Ausnahme – als Peaker – will. Der Ausbau von erneuerbaren Energien und die benötigten Massnahmen zur systemischen Sicherung der Stromstabilität müssen parallel im Kanton und gesamtschweizerisch vorangetrieben werden. Bei einer allfälligen Betriebsbewilligung ist es wichtig sicherzustellen, dass die Gaskraftwerke wirklich nur eine temporäre Lösung sind und diese abgelöst werden, nicht zuletzt, weil wir das Netto-null-Ziel erfüllen wollen. Zudem soll es keine neuen problematischen Abhängigkeiten geben.

Urs Brücker: Wenn man ein Gaskraftwerk – auch Peaker oder Notstromaggregat genannt – bauen möchte, wäre das klimatechnisch und ökonomisch eine extrem üble Geschichte. Wie schon gesagt ist es aber ein Notstromaggregat. Zurzeit ist das bereits angesprochene Kraftwerk in Birr in aller Munde. Hoffentlich geht es nächsten Monat nicht ans Netz, aber es wird fertiggebaut. Es sind acht Turbinen. Im Moment sieht es aber nicht nach Stromlücken aus. Die Franzosen scheinen ihre Korrosionsschäden bei den Atomkraftwerken in den Griff zu bekommen, unsere Stauseen sind gut gefüllt, und die Minustemperaturen halten sich in Grenzen. Wir können also hoffen, dass wir dieses Jahr gut davonkommen. Einige Daten zu diesen Anlagen: 8 Turbinen und 250 Megawatt Leistung, das entspricht einem Viertel von Leibstadt. Sie benötigen 20 Tankwagen oder 1700 Tonnen Heizöl pro Tag. Beim Betrieb mit Erdgas wären das 2 Millionen Kubikmeter Erdgas pro Tag. Mit dieser Menge könnten 1000 Einfamilienhäuser ein Jahr lang versorgt werden. Die 8 Turbinen produzieren beim Betrieb mit Erdgas einen CO<sub>2</sub>-Ausstoss von 3600 Tonnen pro Tag, mit Erdgas sind es 4800 Tonnen pro Tag. Zum Vergleich: Der Ausstoss von 4800 Tonnen entspricht dem täglichen CO<sub>2</sub>-Ausstoss der ganzen Stadt Zürich. In der Anfrage A 807 von Michael Kurmann wurden Biogase und synthetische Gase angeregt. Um eine Vorstellung zu erhalten, wovon wir hier überhaupt sprechen: In Birr würden pro Tag 2 Millionen Kubikmeter Biogas mit einem Energieinhalt von rund 20 Gigawattstunden benötigt, die gesamte Jahresproduktion. Die Jahresproduktion im Kanton Luzern mit aufbereitetem Biogas, also zu Erdgasqualität aufbereitet mit einem Methangehalt von 99 oder 97 Prozent, beträgt 40 Gigawattstunden, also das Doppelte des Tagesverbrauchs in Birr. Biogas kommt also nicht infrage. Wenn überhaupt, dann wären synthetische Gase denkbar, Methanpyrolyse beispielsweise. Das Potenzial von Biogas ist sehr eingeschränkt. Wie auch immer, mit den Änderungen des Planungs- und Baugesetzes und des Energiegesetzes schaffen wir die gesetzlichen Grundlagen, dass wir solche Anlagen realisieren könnten, hoffentlich müssen wir das aber nie. Ich gehe mit Korintha Bärtsch einig, und das ist auch das Credo der GLP-Fraktion: Wir sollten besser Strom sparen und die Effizienz erhöhen.

Pius Müller: Die ganze Schweiz macht sich Gedanken darüber, mit welchen Massnahmen

die drohende Strommangellage verhindert oder deren Folgen für die Bevölkerung und die Wirtschaft gemildert werden können. Durch politische Fehlentscheidungen hat sich die Schweiz energiepolitisch schwer verwundbar gemacht. Ein Blick in die Tabellen der Energiestrategie genügt. Sie sieht vor, dass ab 2035, nach dem Wegfall der Atomkraftwerke, im Winterhalbjahr jeweils bis zu 40 Prozent Strom importiert werden muss. Das ist dreimal so viel wie heute. Weiter pocht die SVP mit weiteren Wirtschaftsverbänden auf eine sofortige Aufhebung der Technologieforschungsverbote aus dem Jahr 2017. Zahlreiche Länder in und um Europa nutzen diese neusten Technologien und Entwicklungen und die Potenziale der Kernkraft konkret für ihre Stromversorgung und ihre Klimaschutzmassnahmen. Nur die Schweiz ist auf diesem Auge weiterhin blind. Der Bundesrat will nun auf Verlangen der Elcom Gaskraftwerke als Notstromanlagen bauen. Bis zur Inbetriebnahme eines Gaskraftwerks dauert es sieben bis zehn Jahre. Es war von Anfang an klar, dass durch die gestillten Gesuche für die Ersatzneubauten der Kernkraftwerke andere Produktionskapazitäten notwendig würden. Heute wären es die Atomkraftwerke der Generation 3 und 4 mit einer Bauzeit mit vorgefertigten Modulen von etwa 2,5 bis 3 Jahren. Für mehr Strom bei einer Strommangellage zur Grundversorgung über die nächsten Winter muss jetzt leider ein Notkraftwerk in Birr den Strom liefern. Da wir keine Gasspeicher haben und die Gasvorräte in Form von Heizöl vorliegen, muss das Kraftwerk mit Öl betrieben werden. Wie von Urs Brücker erwähnt, benötigt die Inbetriebnahme des Kraftwerks täglich einen Güterzug mit 20 Tankwagen Öl. Ein Irrsinn an CO<sub>2</sub>-Ausstoss und somit ein purer Widerspruch zur Praxis der CO<sub>2</sub>-neutralen Kernenergie.

Josef Schuler: Ich habe dem Votum von Urs Brücker gespannt zugehört. Es ist gigantisch, wie viel Energie ein solches Gaskraftwerk benötigt. Das Gaskraftwerk würde nur im Notfall eingeschaltet. An das Märchen über die Kernkraftwerke, das uns Pius Müller immer wieder erzählt, sollten wir nicht glauben. Wir können kein Kernkraftwerk bauen, jedenfalls sicher nicht vor 2040. Wir müssten also mehr als 25 Jahre darauf warten. Wir benötigen aber jetzt Notlösungen zur Energieproduktion. Ist denn ein Atomkraftwerk nicht überdimensioniert? Was ist es dann, zum Beispiel im Gegensatz zu einem Windrad? Ein Windrad kann aufgebaut und in 20 Jahren wieder abgebaut werden, ohne irgendwelche Schäden zu hinterlassen. Ein Atomkraftwerk hingegen hinterlässt grosse Schäden, auch der Nachwelt. Zudem will niemand ein Kernkraftwerk bauen, ausser vielleicht ein paar Politiker. Aber niemand, der Geld in die Finger nimmt, würde ein Atomkraftwerk bauen.

Pius Müller: Im Moment befinden sich 50 Kernkraftwerke im Bau und 150 in Planung. Nur wir haben ein Technologieverbot. Die neuen Kernkraftwerke der Generation 3 und 4 werden in Modulen in der Fabrik produziert und danach aufgestellt.

Hasan Candan: Wenn wir hier jetzt ein Loch graben, kommen wir auf der anderen Seite der Welt heraus, in Australien. Vielleicht haben Sie die Berichterstattung in den Medien gesehen. In Perth hat ein Lastwagen eine Kugel in der Grösse eines Zehnrapenstücks transportiert, die mit radioaktivem Material gefüllt ist. Die Kugel ist irgendwo auf einer Strecke von 1400 Kilometern aus dem Lastwagen gefallen und verloren gegangen. Es ist kaum zu glauben, was das ausgelöst hat, halb Australien ist ausser Rand und Band. Ich möchte damit einfach in Erinnerung rufen, dass wir die Endversorgung nicht gelöst haben, auch wenn wir hier die Atomkraft fördern. Die Abhängigkeit vom Ausland lösen wir damit auch nicht. Bleiben Sie bei den Fakten, ich kann Josef Schuler nur beipflichten, es ist eine grosse Mär, die hier verbreitet wird. Denken Sie auch an die Gefährlichkeit und an das Risiko, das wir eingehen, das haben wir bei den erneuerbaren Energien nicht.

Urs Brücker: Zum Votum von Pius Müller. Wir treffen uns vor der Session immer bei der CKW. Daniel Piazza organisiert den Anlass, unter anderem nimmt auch Reto Frank daran teil. Letzte Woche wurde uns dort eine wunderbare Präsentation über Atomkraftwerke gezeigt, über die Entwicklung und wohin die Reise geht. Wenn sogar die Chinesen zugeben, dass sie bei ihren Kernkraftwerken eine Kostenüberschreitung von 300 Prozent haben, zeigt das doch, dass das keine Technologie sein kann.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Ich spreche wieder über Gaskraftwerke und nicht über Atomkraftwerke. Ich

bin mit Ihnen einverstanden, dass der Ausbau von erneuerbaren Energien erste Priorität hat. Darüber waren wir uns in weiten Teilen einig. Aber für die Übergangszeit – das haben wir diesen Winter vor Augen geführt erhalten – brauchen wir eine Versicherung. Wir brauchen eine Versicherung, wenn die Energie knapp wird respektive der Strom auszugehen droht. Der Bundesrat hat Ende August 2022 diese Gasturbinen bestellt, die bereits nächsten Monat in Betrieb genommen werden können. In der Schweiz ist es also möglich, in einer Notsituation innerhalb einiger Monate ein Gaskraftwerk zu bewilligen und zu bauen. Stellen Sie sich das einmal vor. Wie Bundeskanzler Olaf Scholz am WEF erklärt hat, konnte auch Deutschland diese LNG-Terminals in einem hohen Tempo ausbauen und damit seine Gasversorgung für diesen Winter sicherstellen. Notabene ist auch die Schweiz davon betroffen. Beim Gas sind wir vom Ausland abhängig. Darum ist Perlen ein möglicher Standort, der in der Schweiz geprüft wird. Die Nord-Süd-Transitleitung von Deutschland nach Italien führt in Inwil und Perlen vorbei. Wenn also aus dem Norden kein Gas kommt, wäre es eine Möglichkeit, über Italien Gas von diesen LNG-Terminals anzuliefern. Ich möchte nicht zu sehr auf diese Frage eingehen, denn letztlich ist hier der Bund in der Verantwortung. Es geht nur darum, wer bereit ist, diese Verantwortung mitzutragen und bei dieser Mangellage ein Gaskraftwerk als Versicherungslösung zu tolerieren. Es geht wirklich nur um eine Versicherungslösung, und die Rede ist von maximal 50 Stunden pro Jahr, an denen das Gaswerk in Betrieb sein soll. Es gibt auch eine klare Regulierung des Bundes. Die Kraftwerksbetreiber dürfen keinen Gewinn erzielen, sondern der Gewinn geht an den Bund, und nur der Bund darf über den Betrieb entscheiden. Das Netto-null-Ziel müssen wir trotzdem erreichen. Diese Gaskraftwerke sind in der Schweiz ab 2026 vorgesehen und nicht erst in 10 oder 15 Jahren. Das Kraftwerk in Birr ist wirklich eine Notlösung. Ich habe mit meinem Aargauer Kollegen, Stephan Attiger, gesprochen. Für die Anwohnerinnen und Anwohner ist es wirklich eine Zumutung, aber im Interesse der ganzen Schweiz und aufgrund der volkswirtschaftlichen Schäden hat der Bundesrat diese Verantwortung übernommen und diesen Entscheid gefällt. Perlen ist wegen der in der Nähe liegenden Gasleitungen und des Unterwerks Mettlen ein möglicher Standort. Mettlen ist das zweitgrösste Unterwerk der Schweiz. Es ist wichtig, dass sich eine Stromversorgungsanlage zur Einspeisung in der Nähe befindet. Ich nehme noch zu einigen Voten Stellung: Gaskraftwerke und Atomkraftwerke können vom Risiko her nicht miteinander verglichen werden. Ein Atomkraftwerk hat bei einem Unfall ein anderes Risiko als ein Gaskraftwerk. Bei einem Gaskraftwerk wäre sicher zu prüfen, ob es später allenfalls mit Wasserstoff betrieben werden könnte. Wie gesagt ist ein Gaskraftwerk nur zur wirtschaftlichen Landesversorgung möglich. Ruedi Amrein hat das fehlende Stromabkommen erwähnt. Weil die Rahmenabkommen gescheitert sind, haben wir mit der EU ab 2025 kein Stromabkommen mehr. Auch Swissgrid macht sich echte Sorgen und sagt, nach diesem Winter ist vor dem nächsten Winter. Wir werden auch die nächsten beiden Winter immer wieder über dieses Thema sprechen müssen, weil auch in Zukunft nicht unendlich Strom vorhanden sein wird respektive wir leider mit dem Ausbau der erneuerbaren Energien nicht so schnell vorankommen, wie wir das eigentlich müssten. Bei einem Stromausfall ist der volkswirtschaftliche Schaden für die Bevölkerung und die Wirtschaft immens. Mit dem kantonalen Führungsstab haben wir Vorbereitungen getroffen und deshalb auch die möglichen Konsequenzen gesehen. Ich bitte Sie, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Regierung auch hier bereit ist, Verantwortung zu übernehmen, wenn es für die Schweiz notwendig ist, aber Priorität hat der Ausbau der erneuerbaren Energien, wir brauchen mehr Strom.